
Landesnachrichten **aktuell**

Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ab 01.01.2011 tritt die Dienstrechtsreform in Kraft.

Diese von der Koalition hoch gepriesene Reform mit ihren Verbesserungen wird nicht so in Kraft treten, wie dies vom Landtag beschlossen wurde. Zur Umsetzung von 1:1 fehlt derzeit einfach das Geld und wo kann man besser sparen als beim Öffentlichen Dienst.



In Anbetracht der Advents- und der bevorstehenden Weihnachtszeit möchte ich nicht mit Negativmeldungen und Spekulationen Ihre Gesundheit schädigen.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei unserer ehemaligen Jugendvertreterin Kerstin Fischer herzlich für ihre geleistete Arbeit. Sie hat mit der Ausbildung zur Rechtspflegerin in Starnberg begonnen. Wir wünschen ihr seitens der Landesleitung viel Erfolg bei ihrem Studium und beruflichen Weiterkommen.

Erfreulicherweise fand sich für sie ein Nachfolger, der im August von der Landesgesamtvorstandschafft einstimmig nominiert wurde.

Unser neuer Landesjugendvertreter Daniel Müller hat sich sofort in seine Arbeit vertieft und bringt seine Schaffenskraft sowohl in die Beamtenbundjugend als auch in die Deutsche Justizjugend ein.

Hans-Joachim Freytag, (Landesvorsitzender)

Kurzvorstellung unseres Landesjugendvertreters:

Ich wurde am 11.08.2010 zum Landesjugendvertreter der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft bestellt und beerbe damit Kerstin Fischer, der ich bei ihrer Rechtspflegerausbildung viel Erfolg wünsche.



In meinem Bezirksverband Coburg bin ich stellvertretender Vorsitzender und Kassier.

Beruflich bin ich als Justizsekretär beim Landgericht Coburg hauptsächlich mit den Entschädigungszahlungen nach dem JVEG betraut. Daneben nehme ich Aufgaben im EDV-Bereich wahr.

Folgende Eingabe der Landesjugendvertretung zum Doppelhaushalt 2011/2012 wurde getätigt:

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

auf der Klausurtagung am 6. und 7. November 2010 hat das Kabinett Sparmaßnahmen für den Öffentlichen Dienst beraten. Mit Besorgnis hat die BJG davon Kenntnis genommen.

Die Hoffnungen, die wir in die Umsetzung des Neuen Dienstrechts gesetzt haben, werden durch diese Entwicklungen empfindlich beschädigt. Vor allem die jungen Beamten sollen nach diesen Vorschlägen zu einem Sonderopfer herangezogen werden.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs und den damit verbundenen steigenden Steuereinnahmen möchte die Staatsregierung Maß halten und einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung erreichen. Dieses Bestreben wird anerkannt. Wir fordern aber zugleich, dass hierfür alle Bürger gleichmäßig ihren Beitrag leisten müssen und nicht die Beamten einseitig belastet werden.

Gerade wurde das Neue Dienstrecht in Bayern verabschiedet. Es soll richtungweisend für die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Bayern, sowie nachhaltig und leistungsfördernd sein.

Bei Betrachtung der nun vorgelegten Sparvorschläge sind elementare Bereiche dieses Gesetzes – wie zum Beispiel die Stärkung des Leistungsgedankens – fast außer Kraft gesetzt.

Ein Teil der Leistungsbesoldung sollten eigentlich mehr Prämien und die Möglichkeit der Vergabe von Leistungsstufen sein. Dafür soll es jedoch offensichtlich in den nächsten beiden Jahren keine Mittel geben. Die BJG fordert bereits im Doppelhaushalt 2011/2012 einen angemessenen Betrag für die Anerkennung herausragender Leistungen.

Die BJG verwarft sich ebenso gegen eine Aussetzung der Zuführung zum Versorgungsfonds. Im Hinblick auf die künftigen Generationen ist hier eine nachhaltige Bewirtschaftung von Nöten.

Die Beibehaltung der kürzlich erhöhten Wiederbesetzungssperre ist kein leistungsfreundliches und ein nicht mehr zeitgemäßes Handwerkszeug der Haushaltsbewirtschaftung. Die betroffenen Kollegen erledigen die Arbeit eines höherwertigen Dienstpostens, werden dafür aber nicht entsprechend besoldet. Auch Neueinstellungen werden dadurch verschoben.

Die Ankündigung einer Nullrunde trübt die positive Stimmung, die durch die konstruktive und offene Diskussion bei der Zusammenarbeit um das Neue Dienstrecht mit der Politik aufgebaut wurde. Den Beamten steht eine sensible Zeit der Umstrukturierung bevor, bei der es sicherlich auch Reibungsverluste geben wird. Die Motivation, die Herausforderung anzunehmen ist groß. Die schlechten Startbedingungen sind für die BJG jedoch inakzeptabel. Das neue Bayerische Besoldungsgesetz gibt vor, dass die Besoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung regelmäßig anzupassen ist. Der wirtschaftliche Aufschwung ist da. Daher fordern wir auch für die kommenden Jahre eine entsprechende Gehaltserhöhung.

Dass die Erhöhung der Fahrkostenpauschale – für die hart gekämpft wurde und deren Notwendigkeit damals bei der Einführung gesehen wurde – wieder zurückgenommen werden soll, entbehrt jeglicher Grundlage. Die Beschäftigten stellen ihre privaten Fahrzeuge dem Dienstherrn zur Verfügung und haben dadurch entsprechende Aufwendungen, die ihnen zu ersetzen sind.

Was die Beamtenbundjugend besonders betroffen macht, ist die geplante prozentuale Absenkung der Eingangsbesoldung. Diese Maßnahme ist unserer Ansicht nach eine völlig kontraproduktive und ungerechte Maßnahme. Damit wird nur die schwächste Gruppe – die Berufseinsteiger – zur Kasse gebeten, um einen unverhältnismäßigen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen zu leisten.

Eine Umsetzung dieses Sparbeschlusses wäre ein völlig falsches Signal. Bereits jetzt ist es schwierig in den einzelnen Ressorts qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Der Öffentliche Dienst steht in Zukunft immer stärker im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft, um gut ausgebildete junge Menschen für sich zu gewinnen. Der demographische Wandel wird uns in

nächster Zeit einen erheblichen Fachkräftemangel bescheren. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft hat bereits eindringlich auf dem diesjährigen Jugendtag („Justitia wie alt bist Du 2010?“) auf die Folgen der schwachen Nachwuchsförderung hingewiesen.

Um bei der Berufswahl junger Menschen auch weiterhin als begehrte Option zu gelten, muss der Öffentliche Dienst etwas für seine Attraktivität tun. Den Wettkampf um die Besten kann er mit obigen Ideen sicher nicht gewinnen.

Vor allen Dingen bei unseren neu eingestellten Anwärtern, die noch unter anderen Voraussetzungen ihre Ausbildung begonnen haben, wird die Motivation für einen guten Start ins Berufsleben leiden. Der Öffentliche Dienst würde dadurch sicher noch mehr als bisher gute Prüfungsabsolventen verlieren, die in der freien Wirtschaft eine bessere Anerkennung für ihre Ausbildung erhalten.

Junge Beamte in den Hochpreisregionen wie in den Ballungsräumen München, Nürnberg und Aschaffenburg, wo diese ohnehin am Existenzminimum leben, trifft die Gehaltskürzung besonders hart. Dass die Absenkung der Eingangsbesoldung „sozial gestaffelt“ erfolgen soll, kann nicht richtig sein. Berufseinsteigern die Bezüge zu kürzen, ist nicht sozial.

Ministerpräsident Seehofer hat verkündet, dass intelligent gespart werden muss. Dies kann bei diesen Maßnahmen jedoch nicht festgestellt werden. Berufsanfänger im Öffentlichen Dienst unverhältnismäßig stark zu belasten, ist nicht intelligent. Den Beamten soll wieder einmal ein harter Sparbeitrag auferlegt werden. Dabei sind nicht wir die Schuldigen am Haushaltsdefizit, sondern wir haben sogar unseren Beitrag dazu geleistet, dass Bayern nach der Finanzkrise schnell wieder auf die Beine gekommen ist. Wir sorgen für Stabilität und Zuverlässigkeit im Land und erwarten endlich auch eine nachhaltige Politik, die unsere Leistungen honoriert.

Daher schließt sich die BJG der Eingabe der dbbjb an und fordert die Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, diesen Sparmaßnahmen nicht zuzustimmen, um die Motivation und die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes in Bayern nicht zu gefährden.

Hier bereits die ersten Anträge unserer Landesjugendvertretung an den 19. Delegiertentag des BBB vom 06.04.2011 bis 08.04.2011 in Nürnberg

Antrag I

Der Delegiertentag möge beschließen:

Der Bayerische Beamtenbund wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die periodische Beurteilung einheitlich in allen Ressorts auf drei Jahre festgelegt wird.

Begründung:

Bisher werden nur Polizeibeamte alle Jahre beurteilt. Warum der Dienstherr hier eine Ausnahme macht, ist nicht nachvollziehbar. Alle bayerischen Beamten sollten im Dreijahresrhythmus beurteilt werden.

Antrag II

Der Delegiertentag möge beschließen:

Der Bayerische Beamtenbund wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Beförderung von A8 und A9 zur Regelbeförderung wird.

Begründung:

Der Dienstherr geht in der 2. Qualifikationsebene von einem Justizverwaltungsinspektor als Spitzenamt aus. Somit gibt es in dieser Ebene zwei Spitzenämter (A9 und A9+Z)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wünschen Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr.

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender
Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender
Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender

*Ein jedes Jahr hat seinen Sinn,
ein jedes seinen Segen.*

*So wie es kommt so nimm es hin,
nimm Sonne Wind und Regen.*

*Denn all sind von ihm ein Teil,
und alle sind gegeben
zu Deiner Not zu Deinem Heil
und bauen mit Dein Leben.*

*Es sei dem Jahr, das bald beginnt
ein gutes Maß beschieden.
Gott geb ihm Sonne, Regen, Wind
und einen rechten Frieden.*